

Berichterstattung 2022 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Frühjahrstagung 2022)

Bericht der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 29. April 2022

Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (nachfolgend IPBK)¹ trafen sich am 29. April 2022 zur halbjährlichen Konferenz im Kantonsratssaal in Herisau (Kanton Appenzell Ausserrhoden). Unter der Leitung von Margrit Müller, Kantonsrätin Appenzell Ausserrhoden und Vorsitzende der IPBK, nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg, der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau und Zürich sowie des Fürstentums Liechtenstein an der 57. Sitzung der IPBK teil. Das Ziel der IPBK ist, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Sie fördert ausserdem den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parlamente auf regionaler Ebene. Die grosse Teilnehmerzahl zeigte deutlich, dass die Bodenseeregion eine grosse wirtschaftliche, gesellschaftliche und emotionale Bindung aufweist.

Im Zentrum der Tagung standen die Diskussion und die Verabschiedung der Resolution zum Fluglärm des Flughafens Zürich. Weiter beschäftigte sich die IPBK zum Stand der Arbeiten der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK), insbesondere mit der Gipfelerklärung und des Jubiläumsjahrs. Zudem hielt alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz ein Gastreferat.

Referate zu den verschiedenen Themen

Nach der Eröffnung der Sitzung begrüsst Max Eugster, Gemeindepräsident von Herisau, die Teilnehmenden. Er machte einige Ausführungen zur Gemeinde, deren Bevölkerung und Tradition sowie zur Entwicklung der Wirtschaft. Danach informierte Jutta Hafner, Staatsarchivarin, über den geschichtsträchtigen Konferenzort.

Im Anschluss referierte alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz zum Thema «Zukunft dankt Vergangenheit? Die Industrie in Appenzell Ausserrhoden und der Bodenseeregion». Er wies darauf hin, dass die Industrialisierung in Appenzell Ausserrhoden eher zögerlich verlief, obwohl sowohl das Gewerbe als auch das Gemeinwesen gut aufgestellt waren und immer noch sind. Mit vielen Anekdoten und Beispielen zeichnete er ein Bild der Ausserrhoder Bevölkerung und Wirtschaft und bestätigte, dass die Appenzellerinnen und Appenzeller nicht nur auch arbeitsam sind, sondern auch einen reichen Schatz an gelebter Folklore haben und der Appenzeller Witz zum idiomatischen Kulturgut gehört. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden ist der liberalste und freiheitlichste Kanton in der Schweiz, auf der anderen Seite erleidet der Kanton den grössten «brain drain». Die Gründe dafür sind vielfältig. Nach Ansicht von alt Bundesrat Merz hat der Kanton gute Voraussetzungen geschaffen, den Know-how-Abgang zu reduzieren. Für ihn das wichtigste Element für die Entwicklung der Wirtschaft sind nicht Visionäre, sondern Macher, wobei die Grenze zwischen Visionär und Macher nicht scharf ist: Ersterer handelt aus Inspiration und Letzterer aus innerem Antrieb. Zum Schluss stellte er die Fragen, ob es im Bodenseeraum genügend Visionäre und Macher sowie eine gute politische Basis gibt und ob die Stimmen aus dem Bodenseeraum in den Bundeshauptstädten auch wirklich vernommen werden. Er gab die Antwort darauf gleich selbst: «Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied.»

¹ Für weitere Informationen siehe www.bodenseeparlamente.org.

Bericht aus der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm

Nese Erikli, Abgeordnete des Landtages von Baden-Württemberg, berichtete über die Diskussion in der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm. An der Herbstkonferenz 2021 wurde die Arbeitsgruppe beauftragt, den Resolutionsentwurf zu bereinigen, die strittigen Punkte zu diskutieren und zuhanden der IPBK zu verabschieden. Nese Erikli führte aus, dass die Arbeitsgruppe den Entwurf intensiv diskutierte und am Schluss der Sitzung die «Resolution für die Wiederaufnahme eines grenzüberschreitenden, konstruktiven Dialogs mit dem Ziel einvernehmlicher Lösungen in Streitfragen zum Flughafen Zürich» (siehe Anhang) verabschiedete. Sie stellte klar, dass nicht mehr alle Wünsche und Erwartungen aufgenommen werden konnten, bei drei Kernpunkten jedoch eine gemeinsame Haltung gefunden wurde: Erstens ist es Aufgabe der beiden Bundesregierungen, zwischen den beiden Staaten Lösungen für die bestehende Streitfragen zum Flughafen zu finden, zweitens sollen die beiden Regierungen auf die regionale Ebene zugehen und diese bei den Verhandlungen einbeziehen, drittens regt die IPBK an, im Verfahren verschiedene Beteiligungsformate zu prüfen, z.B. Regionalkonferenzen, Bürgerforen oder Bürgerinitiativen.

Die IPBK verabschiedete die Resolution einstimmig (siehe Anhang). Sie überweist diese an das deutsche Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, die Landesregierung Baden-Württemberg, die Landräte der Landkreise Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar sowie die Kantonsregierungen der Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau. Da die Arbeitsgruppe mit der Verabschiedung der Resolution ihren Auftrag erfüllt hat, wird sie aufgelöst.

Informationen aus dem Steuerungsausschuss

Die Vorsitzende der IPBK, Margrit Müller, berichtete über die Tätigkeiten des Steuerungsausschusses. Sie wies noch einmal auf den Ablauf des Themencalls hin und informierte insbesondere über die geplante Regierungskommission Bodensee. Sie führte aus, dass für das eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die Zusammenarbeit in der Bodenseeregion von grösster politischer Bedeutung ist. Die IBK setzt sich seit einiger Zeit dafür ein, dass die bestehende regionale Gesprächsplattform mit einer zwischenstaatlichen Regierungskommission ergänzt wird. Das EDA unterstützt das Anliegen nicht nur, sondern setzt sich massgeblich für dessen Realisierung ein. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie, ob und wann sich die IPBK dazu einbringen oder ein ähnliches Gefäss schaffen soll. Dazu wird an der Herbstkonferenz 2022 ein Traktandum geplant.

Bericht und Information der IBK

Alfred Stricker, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK, machte eine klangvolle Einleitung zum 50-Jahre-Jubiläum der IBK. Seine Botschaft an die IPBK war, dass der Bodensee-raum klingen muss: «Wir können es, jetzt müssen wir auch wollen und es machen.» Im Anschluss an die Einführung informierte Alfred Stricker über die Gipfelerklärung² und deren 12 Leitsätze. Diese wiederum können in vier Themenblöcke zusammengefasst werden: Eigenheiten und Qualitäten der Bodenseeregion, vitaler Lebens- und Wirtschaftsraum, Schwerpunktthemen, Bedingungen für die Zukunftsfähigkeit der IBK. Danach nutzten die Delegierten die Gelegenheit, sich zur Gipfelerklärung zu äussern. Die IPBK stellte fest, dass die Themen richtungsweisend sowie viele Erwartungen und Wünsche enthalten sind. Es ist aber entscheidend, dass die Leitsätze auch gelebt und umgesetzt werden. Gemeinsam und über die Grenzen hinweg soll die Umsetzung der Leitsätze klappen, ob sich die Gipfelerklärung bewährt, wird dann die Zukunft zeigen. Die IPBK schloss sich dem Votum von Kantonsrat Robert Rath-Rorschach an, dass es – ganz im Sinn von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz – nun «Macher» brauche.

² Die Gipfelerklärung ist zu finden unter <https://www.bodenseekonferenz.org/35840/Service-und-Kontakt/IBK-Beschluesse/index.aspx?addhilite=gipfelerkl%C3%A4rung>.

Roger Nobs, Ratsschreiber des Kantons Appenzell Ausserrhoden, skizzierte das Jubiläumsjahr «IBK50» und wies auf die Haltung, Ziele und Grundsätze hin. Das Ziel ist, die Region zu vernetzen und die IBK zu den Menschen zu bringen. Kernthema des Jubiläumsjahrs ist die Mobilität. Gestartet hat das Jahr mit dem Gipfeltreffen auf dem Säntis und der Verabschiedung der Gipfel-erklärung. Sie ist die Grundlage der neuen Strategie. Mit verschiedenen Aktivitäten³ wird das Jubiläumsjahr mit der Bevölkerung gefeiert. Er führte weiter den Prozess zur Strategie 2023–2027 aus. Neu soll die Strategie eine Fokussierung und Konkretisierung erfahren. Dadurch soll mehr Profilierung ermöglicht werden. Neu wird das Konzept der «Leitidee» eingefügt und ein intensiver Austausch in den Kommissionen stattfinden. Die Strategie soll bis Ende 2022 erstellt sein.

Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer der IBK, orientierte über den Schlussbericht zum Zielbild Raum und Verkehr⁴ sowie über den Stand der grenzüberschreitenden Funkkommunikation bei Polizei- und Rettungseinsätzen.

³ Für Details siehe <https://ibk50.org>.

⁴ Siehe <https://www.bodenseekonferenz.org/zielbild-raum-verkehr>.

Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz



57. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz am 29. April 2022 in Herisau

Resolution

**für die Wiederaufnahme eines grenzüberschreitenden, konstruktiven Dialogs
mit dem Ziel einvernehmlicher Lösungen in Streitfragen zum Flughafen Zürich**

Die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz (IPBK) an ihrer Sitzung am 29. April 2022:

1. appelliert an die Regierungen der Schweiz und Deutschlands, eine dauerhaft tragfähige, einvernehmliche und rechtssichere Lösung zu den zwischen den beiden Staaten bestehenden Streitfragen zum Flughafen Zürich zu finden;
2. bittet die beiden Regierungen, dazu zunächst auf die regionale Ebene zuzugehen und mit dieser ein Verfahren zum weiteren Vorgehen abzustimmen. In die Abstimmung sollen die Landkreise Waldshut, Konstanz und der Schwarzwald-Baar-Kreis, das Land Baden-Württemberg, die Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau einbezogen werden;
3. regt an, im Rahmen des Verfahrens Beteiligungsformate zu prüfen, zum Beispiel Regionalkonferenzen, unabhängige MediatorInnen, Bürgerforen und die Einbeziehung von Bürgerinitiativen.